

Israel tritt die Menschenrechte der Palästinenser mit Füßen

Deportation der 400 in den Südlibanon ist nur ein Beispiel für Praxis wider alle Regeln

Von Ludwig Watzal

Warum hat die Verleihung des Staatspreises an Yeshayahu Leibowitz in Israel zu einem solchen Aufschrei der Empörung geführt? Der 90jährige gehört zu den schärfsten Kritikern der israelischen Politik. Er wirft der politischen Führung vor, mit der Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens im Jahre 1967 habe Israel den „Ausgangspunkt für den Niedergang des Staates gelegt“ und „gewaltsam das gesamte Land an sich gerissen“. Leibowitz klagt die Regierung an, die Menschenrechte der Palästinenser zu verletzen. So würden z. B. Tausende von Arabern ohne Beschuldigung festgehalten, und zwar in „Konzentrationslagern“. Der in Israel als sakrosankt betrachteten Armee wirft er vor, verdeckt arbeitende Sondereinheiten zu unterhalten, die, als Araber verkleidet, in den besetzten Gebieten operierten und unliebsame Palästinenser liquidierten. Die Besatzungsarmee diffamiert er als „Mördereinheiten“ und „unsere Hamas“. Sind diese Vorwürfe berechtigt, oder kann man sie als Hirngespinnste eines alten, senilen Mannes abtun?

Die Lage der Menschenrechte in den von Israel besetzten arabischen Gebieten ist mehr als prekär. So leistet sich die „einzige Demokratie“ des Nahen Ostens zehn israelische und drei palästinensische Menschenrechtsorganisationen, die gegen die Regierung und die Militärverwaltung einen juristischen „Kleinkrieg“ führen. Sie erheben schwere Vorwürfe gegenüber beiden. Die willkürliche Massendeportation von 400 Palästinensern ins unwirtliche Hermongebirge macht schlagartig deutlich, in welcher geistigen Verfassung die Regierung Israels sich befindet.

In krassem Widerspruch zu Grundsätzen des Völkerrechts

Diese Massendeportation verstößt gegen alle Regeln des Völkerrechts. Die Gesamtheit der Völkerrechtsnormen steht einer Vertreibung der Bevölkerung entgegen. Das Völkerrecht geht davon aus, daß ein Staat seine Bevölkerung behalten muß und sie nicht verstoßen darf; dies gilt auch für ein besetztes Gebiet. Die Israelis rechtfertigen ihre Deportation mit Artikel 112 der Notstandsverordnungen aus der britischen Mandatszeit. Diese waren aber mit dem Abzug der Briten nicht mehr in Kraft. Zudem verstößt Israel gegen die Vierte Genfer Konvention von 1949, die sowohl Individual- als auch Massendeportationen verbietet, und die Haager Landkriegsordnung von 1907, nach der Israel verpflichtet ist, die vorgefundenen Strukturen und Institutionen während der Besatzungszeit nicht zu verändern.

Auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 wird von Israel beiseite geschoben: „Jedermann hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Wohnsitz frei zu wählen. Jedermann hat das Recht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“

(Artikel 13) Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Israel — wonach die Massendeportation im wesentlichen rechtens war — findet im Völkerrecht keinerlei Rechtfertigung. Es war somit eine politische Entscheidung.

Seit 25 Jahren ist Israel nun eine Besatzungsmacht. Diesen Umstand halten viele Intellektuelle für eine Katastrophe. Sie fragen zu Recht, wie lange sich das Land diesen Luxus noch leisten könne, bevor es völlig sein internationales Ansehen sowie die große humanistische Tradition des Judentums verspielt habe.

Einen aufwühlenden Bericht haben die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem und ergänzend das Palästinensische Informationszentrum für Menschenrechte (PHRIC) veröffentlicht. Die beiden Organisationen werfen der Regierung vor, sie unterhalte „verdeckte Einheiten“ in den besetzten Gebieten, um unliebsame Palästinenser auszuschalten. Bis zu Mordechai Kirshenbaums TV-Bericht leugnete die Regierung die Einrichtung solcher „Todeschwadronen“. Nach Angaben von B'Tselem wurden seit Beginn der Intifada im Dezember 1987 bis April 1992 70 Palästinenser durch diese Einheiten getötet; laut PHRIC Angaben waren es 75.

„Verdeckte Operationen“ in den besetzten Gebieten

Die Mitglieder dieser Einheiten sind professionell ausgebildet. Ihr Ziel ist es, jede Unterscheidung zwischen einem Araber und einem Juden aufzuheben. So tragen sie die Kleidung der normalen Araber und sprechen perfekt Arabisch. Bevor es einen Protest der Vereinigung der Auslandspressen in Israel im Jahre 1988 gab, traten die Mitglieder dieser Einheiten als Journalisten getarnt auf. In Bethlehem verkleideten sie sich als Touristen, als sie 1989 einen Jugendlichen erschossen. Sie gehen als Palästinenser verkleidet und geben vor, Mitglieder irgendeiner der palästinensischen Gruppen zu sein. Sie beteiligen sich an Steinwürfen gegen die israelischen Soldaten und anderen Aktivitäten, um palästinensische Jugendliche auszususpizieren.

Diese „verdeckten Operationen“ werden mit anderen Armee-Einheiten und dem Geheimdienst Shin Bet geplant. Letzterer sucht die Opfer aus, liefert detaillierte Hintergrundinformationen und beteiligt sich häufig an der Liquidierung von Palästinensern. In der israelischen Zeitung „Hadashot“ vom 17. April 1992 wurde einer der Offiziere anonym interviewt, der einen Palästinenser aus dem Gaza-Streifen getötet und anschließend durch das Flüchtlingslager geschleift hatte; er gestand, daß ihm diese Tat „Alpträume“ bereite.

Die Menschenrechtsorganisationen prangern auch die inhumanen Verhör- und Foltermethoden der Shin Bet an. 1989 haben Rechtsanwälte, Psychiater, Journalisten, Mediziner und Menschenrechtsaktivisten deswegen das „Öffentliche Komitee gegen Folter in Israel“ (PCATI) gegründet.

Im Oktober 1987 veröffentlichte die von Moshe Landau geleitete Kommis-

sion zur Untersuchung der Methoden des israelischen Geheimdienstes ihren Bericht. Darin sprach sich die Kommission für „maßvollen physischen Druck“ bei Verhören aus. Diese Untertreibung erlaubt es den Sicherheitskräften, Verdächtige zu foltern, um so Geständnisse zu erpressen. Indem Israels Regierung diesen Bericht akzeptierte, habe das erste Mal in der Geschichte der Demokratien des 20. Jahrhunderts ein Staat Folter offiziell gerechtfertigt, schrieb der Psycho-Analytiker Yehoyakim Stein in „Häretz“ vom 9. April 1990. Mordechai Kremnitzer, Dekan der Juristischen Fakultät der Hebräischen Universität in Jerusalem, verlangt zu Recht eine Neubewertung der Verhörmethoden des Geheimdienstes, die die Anwendung von Gewalt ausschließen müsse.

B'Tselem warf in einer aufsehenerregenden Untersuchung vom März 1991 und März 1992 Regierung und Sicherheitskräften vor, Palästinenser zu foltern. Die am häufigsten genannten Verhör- und Foltermethoden sind: Schlaf- und Essensentzug, Verbalinjurien, Demütigungen und Androhung von Verletzungen, Schläge auf alle Körperteile, langes Stehen mit einem übelriechenden, undurchsichtigen Sack über dem Kopf und gebundenen Händen und Füßen — manchmal auch in speziellen engen Räumen, in denen der Häftling aufrecht nicht stehen kann. Darüber hinaus berichtet PHRIC von Häftlingen im Alter von 15 bis 23 Jahren, die in eidesstattlichen Erklärungen versichert hätten, daß sie mit Elektroschocks, Einzelhaft und anderen Methoden mißhandelt worden seien. Der Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission kam Israels Regierung nicht nach.

Die Verhör- und Foltermethoden sind nicht auf männliche Häftlinge beschränkt; auch Frauen sind diesen Methoden ausgesetzt. So veröffentlichte die „Stiftung für demokratische Erziehung in Israel“ erschütternde Berichte über Folterungen in Gefängnissen in Gaza.

Regierung Rabin hat die Hoffnungen nicht erfüllt

Die israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen hatten sich von der Regierung Rabin eine deutliche Verbesserung der Lage der Menschenrechte erhofft, insbesondere auch deshalb, weil einige Menschenrechtsaktivisten und der Meretz-Block im Kabinett sitzen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Durch die Einbindung der Linken in Israel ist es Rabin gelungen, die einzige politische Opposition mundtot zu machen. Die Lage der Menschenrechte hat sich nach einhelliger Meinung der Menschenrechtsorganisationen nicht gebessert. Sie hoffen, daß sich die Staatengemeinschaft dieses Themas annimmt und durch Druck auf Israel eine Änderung im Sinne der Achtung der Menschenrechte der Palästinenser erzwingt.